№ 78
B 39
Abend-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 15. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

70 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Carl Ebbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Poincaré sondiert in London?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 15. Februar.

Die Pariser politischen Kreise erwarten mit großer Spannung das Ergebnis der heutigen Londoner Verhandlungen des Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer. Laut amtlicher Versicherung ist der Minister, wie gemeldet wurde, nach London gereist, um die Ueberlassung des im englischen besetzten Gebiet liegenden Teiles der Eisenbahnstrecke Düsseldorf—Düren—Trier durchzusetzen. Man deutet aber darauf hin, daß die Eisenbahnfrage nur als Vorwand dient, um einen weit wichtigeren Schritt Frankreichs zu maskieren. In hiesigen politischen Kreisen neigt man zu der Annahme, daß Le Trocquer beauftragt ist, in London im Hinblick auf die Möglichkeit einer englischen Intervention zur Herbeiführung einer Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland zu sondieren.

In den Pariser Morgenblättern kommt die Ansicht, daß die Eisenbahnfrage allein zur Erklärung dieser Ministerreise nicht ausreicht, in mancherlei Andeutungen zum Ausdruck. Der „Matin" stellt fest, daß es nicht schaden werde, wenn England die Ueberlassung der betreffenden Strecken ablehne, denn die französischen Sachverständigen hätten erklärt, sie brauchten diese Linien nicht unbedingt. Angesichts dieser Feststellung des „Matin" muß man fragen, ob Poincaré wirklich einen seiner hervorragendsten Mitarbeiter einem eklatanten Mißerfolg aussetzen würde, wenn es nicht aus anderen Gründen geboten erscheine, daß ein Mitglied des französischen Kabinetts Bonar Law gewisse Eröffnungen mache. Das „Journal" erklärt es für unbegreiflich, daß Frankreich über die Eisenbahnfrage mit der englischen Regierung in London verhandele, da die Rheinlandkommission die gegebene Stelle für derartige Fragen sei und der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" versichert, die Eisenbahnfrage sei schon vor der Ankunft des französischen Ministers in London von dem interalliierten Verkehrsausschuß im Rheinlande unter Bedingungen, die noch geheimgehalten werden, geregelt worden. Der Berichterstatter fügte hinzu, Le Trocquer werde von Bonar Law um 11½ Uhr in Downing Street empfangen werden und um 2 Uhr die Rückreise nach Paris antreten.

Die Gerüchte, nach denen der französische Minister in Wahrheit beauftragt ist, mit Bonar Law über die Möglichkeit einer Lösung des deutsch-französischen Konfliktes zu sprechen, wird nur vom „Gaulois" wiedergegeben. Das Blatt bemerkt dazu: „Es könnte sein, daß wir unter gewissen Bedingungen die Intervention einer dritten Macht annehmen, vorausgesetzt, daß unser Recht und die Grundsätze der produktiven Pfänder als einzige Gewähr für die Ausführung anerkannt werden. Wir können uns nicht darauf einlassen, vor einem Schiedsgericht auf dem Fuße der Gleichheit mit Deutschland zu erscheinen, nachdem wir eben das Reich bei der Gurgel gepackt haben und Deutschland uns in jeder Weise provoziert." Der „Petit Parisien" erklärt, eine englische „Mediation" sei für Frankreich unannehmbar. Aber eine Intervention Englands, die auf eine Sekundierung der französisch-belgischen Aktion hinauslaufe, werde willkommen sein.

Der belgische Ministerpräsident Theunis hat seine gestern angekündigte Reise nach Paris vorläufig verschoben. Es heißt, daß er erst in der nächsten Woche nach Paris kommen werde. Heute werden einige belgische Industrielle in Paris eintreffen, um hier mit französischen Industriellen über gewisse Fragen, die mit der Ruhraktion zusammenhängen, zu konferieren. Es handelt sich dabei um den direkten Vertrieb von Ruhrfabrikate durch französische und belgische Stellen. Die französische Presse fährt fort, ihrer Enttäuschung über die Rede Bonar Laws Ausdruck zu geben. Die Blätter heben hervor, daß auch in Deutschland keine rechte Befriedigung wegen dieser Rede herrscht. Tardieu gibt den Engländern im Leitartikel des „Echo National" zu bedenken, daß sie in erster Linie für die Zuspitzung der Reparationsfrage verantwortlich sind, da sie von Frankreich beständig Opfer verlangt hätten, ohne jemals ausreichende Kompensationen in der Reparationsfrage oder für die Sicherheit Frankreichs zu bieten.

London, 15. Februar. (W. T. B.)

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten ist nach einer Reutermeldung in London eingetroffen, um mit der britischen Regierung über die Benutzung der Eisenbahnen in der britischen Zone des Rheinlandes durch die Franzosen zu verhandeln. Reuter erfährt, die französische Regierung habe der britischen Regierung mitgeteilt, daß der Minister in London die französischen Ansichten über die Lage zwischen den französischen und britischen Behörden zu unterbreiten beabsichtige. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, daß nur General Panot nach London kommen sollte, um mit Lord Derby die Frage des Transportes im besetzten deutschen Gebiete zu erörtern. Da die französische Regierung jetzt einen Minister entsende, so scheine es, daß die Erörterungen ein weitgrößeres Feld umfassen würden. Der französische Minister werde fast sicher eine Unterredung mit dem Premierminister oder Curzon haben.

Man sei der Ansicht, daß bisher keinerlei Beschlüsse von der britischen Regierung über die Frage des Transportes von Reparationskohle durch die britische Zone gefaßt worden seien. Die Entscheidung hänge noch immer von gewissen äußeren Faktoren ab. Man sei jedoch der Ansicht, **daß von englischer Seite möglicherweise Frankreich ein Zugeständnis gemacht werde**, vorausgesetzt, daß es vollkommen klar bleibe, daß Großbritannien von seiner Haltung des Abseitsstehens und vollständiger Absonderung von der französischen Politik nicht abgehen könne. Bis zur Zusammenkunft der Minister sei es jedoch unmöglich, zu sagen, welche Wege Großbritannien verfolgen werde.

Das oben erwähnte Zugeständnis wird von dem Kölner Berichterstatter des Reuterbüros dahin umschrieben, daß die interalliierte Eisenbahnunterkommission eine wichtige Regelung der augenblicklichen Eisenbahnschwierigkeiten so gut wie beendet habe. Die Einzelheiten des Uebereinkommens würden bis zu seiner Annahme streng geheimgehalten werden. Man könne jedoch ziemlich sicher annehmen, daß das Uebereinkommen den wichtigen Hauptteil (Key Section) der Eisenbahnlinien in der britischen Zone berühre, der, wenn sie der französischen Kontrolle übergeben würde, einen breiten westlichen Ausgang vom Ruhrgebiet schaffen würde. Der Berichterstatter fügt hinzu, durch diese Vereinbarung würde kein Präzedenzfall geschaffen werden, da die Grenzen der besetzten Gebiete häufig Berichtigungen unterzogen würden.

Ruhr, Abrüstung und Völkerbund.

Eine Unterredung mit Lord Robert Cecil.

Von

Dr. Julius Becker,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Genf**, 13. Februar.

Die Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes just in einem Augenblick, wo die Welt so voll von Zündstoff ist, wie niemals seit dem Jahre 1914, machte auf viele unbeteiligte Zuschauer einen hoffnungslosen Eindruck, der noch dadurch verstärkt wurde, daß man in weiten Kreisen nicht an den ernsthaften Willen und in noch weiteren Kreisen nicht an die Fähigkeit des Völkerbundes glaubt, politische Konflikte auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen. Die ganz neuartige Form des Krieges, der zurzeit zwischen Frankreich und Deutschland geführt wird, und der auch in den wirklich neutralen Kreisen des Auslandes in seinen Ursachen und in seinen Aussichten so sehr verschieden beurteilt wird, ist zweifellos einer derjenigen Faktoren, die am meisten zur Beunruhigung der Welt beitragen und den ohnehin schon schwachen Glauben an die Möglichkeit einer allgemeinen Abrüstung bis zum Unglauben abgeschwächt haben. Deshalb wandte ich mich an den Vorkämpfer des Abrüstungsgedankens, Lord Robert Cecil, den Mann, auf den die Friedensfreunde in allen Ländern mit Recht die größten Hoffnungen setzen, und der eben wieder durch seinen Abrüstungsplan und die energische Art, wie er ihn vertrat, gezeigt hat, daß es ihm jedenfalls ernst ist. Ich unterbreitete ihm die Frage, worauf er denn in einem Augenblick wie diesem seine Hoffnungen zu gründen magt.

Lord Robert Cecil, der mit seinem Plan in der Abrüstungskommission des Völkerbundes auf den entschiedenen Widerspruch Vivianis, des französischen Vorsitzenden der Kommission, gestoßen war, und dem es erst nach harten Kämpfen gelungen war, die Prüfung des seinerzeit auf französisch-englische Anregung im September beschlossenen Planes durchzusetzen, stand mir bereitwillig Rede und Antwort, und auch, wo er nicht antworten mochte, ist deutlich zu fühlen, daß ihn nur sein aufrichtiger Wunsch, den Frieden nicht noch mehr zu gefährden, hinderte.

„Wäre Deutschland heute Mitglied des Völkerbundes, so wäre wahrscheinlich die politische Lage heute ganz anders," sagte Lord Robert Cecil in Anknüpfung an unsere letzte Unterhaltung im September vorigen Jahres, und als ich ihn abermals darauf aufmerksam machte, daß man in Deutschland erkläre, man könne nicht gegen den Willen und den Wunsch Frankreichs in den Völkerbund gehen, selbst, wenn man sonst dazu bereit wäre, erwiderte er: „Dieses Argument verstehe ich einfach nicht, wenn es ehrlich gemeint ist."

Dann wies ich auf die nun einmal bestehende Lage hin und fragte, welche Hoffnung denn ein Staatsmann von seinem Range angesichts dieser Lage haben könnte, mit einem Abrüstungsplane durchzudringen.

„Die größte Gefahr für die Idee der Abrüstung wäre es, wenn wir jemals aufhörten, sie zu propagieren. Wir müssen sogar noch mehr tun. Wir müssen den Gedanken der Abrüstung ernstlich erörtern und praktisch brauchbare und vernünftige Pläne — nicht phantastische Utopien — vorbereiten, prüfen und so lange beraten, bis wir ein Programm haben, das von allen, die guten Willens sind, angenommen werden kann. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Frage der materiellen Abrüstung von derjenigen der moralischen Abrüstung getrennt werden kann oder soll. Beide Bestrebungen müssen vielmehr pari passu verfolgt werden. Denn wir müssen uns darüber klar sein, daß es ohne materielle Abrüstung keine geistige Abrüstung geben kann, und daß andererseits auch die materielle Abrüstung nichts wert ist ohne eine parallele geistige Abrüstung. Kommt mein Plan grundsätzlich zur Annahme, so kann es keinen Angriffskrieg mehr unter den vertragschließenden Teilen geben. Bräche er dennoch aus, so hätte der Angreifer alle anderen gegen sich. Ohne diese Gewißheit kann man unmöglich Angriffskriege ausschalten, sie allein aber scheint mir eine starke Sicherheit gegen die meisten Kriegsmöglichkeiten zu geben.

„Was nun die heutige Lage anbetrifft, so ist es für mich ein Axiom, daß die drei Probleme, 1. der Reparationsfrage, 2. der interalliierten Schulden und 3. der Abrüstung und damit der Konomischen Gesundung Europas untrennbar zusammen gehören, und daß sie auch nur gemeinsam eine einigermaßen befriedigende Lösung finden können. Bevor sich diese Erkenntnis nicht durchgesetzt hat, und bevor nicht ein Modus gefunden ist, diese drei Fragen zusammen zur Beratung zu stellen, sehe ich praktisch keine Hoffnung auf Besserung der gegenwärtigen Lage. Wenn der heutige Zustand in Europa fortdauert, kann natürlich auch von Abrüstung eine Rede sein. Dann aber geht auch Europa zugrunde, so wie ja in der Geschichte schon viele Völker zugrunde gegangen sind, weil sie sich veränderten Zeitläuften und neuen Entwicklungen nicht anzupassen vermochten. Versetzt sich Europa fortgesetzt solche Stöße wie bisher, so wird es eines Tages fallen. Aber wir haben nicht das Recht, es fallen zu lassen, sondern wir müssen wenigstens den Versuch machen, es von der Selbstvernichtung durch immer neue Kriege abzuhalten.

„Deshalb darf uns auch die heutige politische Lage nicht hindern, unsere Abrüstungspläne weiter zu verfolgen. Vielleicht kann sogar die bloße Tatsache, daß wir sie in allem Ernst weiter behandeln, daß wir den festen Willen bekunden, in absehbarer Zeit zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, und daß es dann heißen wird, Farbe zu bekennen, schon durch sich allein eine gewisse Beruhigung schaffen oder vorbereiten helfen.

„Die Befürchtungen, daß wir durch unsern Garantiepakt, auf dem sich die Abrüstung aufbauen soll, uns dem Phantom des „Ueberstaates" nähern, sind töricht. Wenn kein Staat das geringste von seiner Souveränität abgeben will, so ist jede zwischenstaatliche Organisation unmöglich. Jeder einfachste Vertrag zwischen Staaten, selbst ein Handelsvertrag, schränkt notwendigerweise die Souveränität jedes der an dem Vertrage beteiligten Staaten ein, und jeder Staat schränkt durch die Tatsache seines Bestehens die Rechte der Individuen ein, die er umfaßt. Das alles geschieht im Namen des Wohles der Gesamtheit. Nun also, das Wohl der Gesamtheit der Staaten und Völker verlangt, daß sie untereinander ihre „Rechte", Krieg zu führen, freiwillig einschränken: diesem Ziele dient unser Abrüstungsplan, der keinerlei Utopie verfolgt, sondern eben das richtig verstandene Wohl der Gesamtheit."

Auf meine Frage, was er denn zu dem seltsamen diplomatischen Widerspruche sage, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini kürzlich erklärte, es sei noch zu früh, eine Vermittlung im Ruhrkonflikt zu ergreifen, und daß jetzt der tschechische Außenminister Benesch im „Manchester Guardian" sagt, für eine Vermittlung sei es schon zu spät, und welche Lösung dieser augenblicklich aktuellsten Frage er vorzuschlagen wüßte, erklärte mir Lord Robert nach einer langen Pause nachdenklichen Schweigens:

„Darüber möchte ich lieber nichts sagen. Wäre ich verantwortlich für die Regierung meines Landes, so könnte ich antworten. So aber muß ich fürchten, in der besten Absicht vielleicht etwas zu sagen, was mehr schaden als nützen könnte."

Als ich dann im weiteren Verlaufe des Gespräches sagte, daß es doch wenig ermutigend sei, wenn selbst ein Mann wie Lord Robert Cecil kein Mittel zur Lösung eines solchen Konfliktes sehe, warf Lord Robert ein:

„Ich sage keineswegs, daß ich kein Mittel sehe. Ich halte es nur im Moment nicht für ratsam, mich darüber zu äußern."

Aus Fragen, die mir Lord Robert Cecil stellte, darf ich aber annehmen, daß er noch immer die Hoffnung auf eine Intervention im Völkerbund nicht aufgegeben hat.

„Unsere Aufgabe ist es" erklärte er mir noch, „daß wir den Völkerbundspakt und den Völkerbund entwickeln, so daß er aus der ursprünglichen Form heraustritt und immer mehr ein immer geeigneteres Instrument zur Verwirklichung des Friedens wird."